

Teil 2

**Soziale Einrichtungen im Gefüge sozialer
Ungleichheit**

In den vorangegangenen Kapiteln wurden im Hinblick auf die Aufgaben ambulanter Gesundheitseinrichtungen Probleme erörtert, die sich aus der sozialen Ungleichheit der gegenwärtigen Gesellschaft ergeben. Ich möchte jetzt einen Schritt weitergehen und die Behauptung wagen, daß an der ambulanten Gesundheitsversorgung ein neuartiges und um sich greifendes Phänomen sozialer Ungleichheit exemplarisch erkennbar wird. Das dürfte kaum unmittelbar einsichtig sein. Ist der Bereich der ambulanten Gesundheitsversorgung doch relativ speziell und der von ihr betroffene Lebensausschnitt im ganzen gesehen auch ziemlich begrenzt. Nun gibt es seit einiger Zeit Vorstellungen, die das in etwas anderem Licht erscheinen lassen. Der entsprechende Diskussionzusammenhang, aus dem heraus diese Vorstellungen Nahrung erhalten, ist mit dem Stichwort "Infrastruktur" angedeutet. In dieser Diskussion geht es darum, wie durch bleibende materielle, dem Prinzip nach allen zugute kommende öffentliche Vorkehrungen die Lebensverhältnisse einer Gesellschaft insgesamt verbessert und - wenn auch oft nur implizit mitgedacht - soziale Ungleichheiten abgebaut bzw. relativiert werden können. Dabei ist die Gesundheitsversorgung stets mit angesprochen. Sollten sich diese Vorstellungen begründen lassen, könnte die Beschäftigung mit deren ganz spezieller Ungleichheitsproblematik den Blick auf eine sehr viel weitere und allgemeinere Ungleichheitsproblematik der gegenwärtigen Gesellschaft lenken.

Meine Behauptung ist, daß es dabei im wesentlichen um Schulen und Kindergärten, Arztpraxen und Kliniken, Jugendheime und Spielplätze, Altenbegegnungsstätten und Altenwohnheime, Sport- und Freizeiteinrichtungen geht - eine Reihe von Einrichtungen, deren Unterschiedlichkeit nach Zweck, Größe oder Spezialisiertheit sich vermutlich zuallererst aufdrängt. Analytisch gesehen bestehen jedoch praktisch wichtige Gemeinsamkeiten zwischen ihnen. Alle stützen sich auf ein Gerüst "formaler Organisation" - was freilich nicht bedeutet, daß all die die Einrichtungen kennzeichnenden Verrichtungen und Interaktionen bis ins einzelne formal durchorganisiert wären. Weiterhin sind alle Einrichtungen "benutzbar", oder genauer gesagt, sie sind ausgerichtet auf Leute, die der Einrichtung im strengen Sinne nicht angehören, sie aber aufsuchen müssen, wenn sie Nutzen aus ihr ziehen wollen. Schließlich ist für alle Einrichtungen ein "politischer Status" kennzeichnend; sie können als Gegenstand öffentlicher Verantwortung gelten, sind jedoch typischerweise allenfalls unvollständig in eine Amtshierarchie eingegliedert, was ihnen gewisse Frei- bzw. Gestaltungsspielräume verschafft. "Soziale Infrastruktur" ist der inzwischen weithin eingebürgerte Begriff für die Gesamtheit derartiger Einrichtungen geworden. Weil er historisch allzu sehr fixiert ist (vgl. auch Kap.7), habe ich mich letztlich doch dagegen entschieden, ihn zum Leitbegriff zu machen. Statt dessen spreche ich neutraler von "sozialen Einrichtungen". Die genannten Begriffsmerkmale sind natürlich als vorläufig anzusehen. Abgesehen von einer ersten Orientierung dienen sie im folgenden hauptsächlich dazu, den historischen Wandel sozialer Einrichtungen sichtbar zu machen.

Derartige Einrichtungen sind m. E. der wichtigste soziale Rahmen, in dem eine bestimmte Form öffentlicher Intervention in soziale Lebenszusammenhänge, nämlich die Intervention mittels Dienstleistungen und konkreter Güter, heute institutionalisiert ist. Gerade von ihnen, weniger dagegen von Einkommenshilfen sowie Wohn- und Umweltmaßnahmen, erwartete man lange Zeit nicht nur allgemein eine Verbesserung der Lebensverhältnisse, sondern explizit auch einen entscheidenden Abbau sozialer Ungleichheit. Große Hoffnungen richteten sich vor allem auf die weiterführenden Einrichtungen des Bildungswesens. Sie schienen imstande zu sein, den harten Kern der Klas-

sen- bzw. Schichtstruktur zu zertrümmern - und sei es auch nur dadurch, daß sie millionenfach sozialen Aufstieg ermöglichten. Ihr Glanz strahlte auf weitere Einrichtungen ab. In den Sozialwissenschaften verwandelte sich diese Hoffnung in die immer wieder aufgeworfene, immer wieder abgewandelte und immer wieder neu beantwortete Frage, ob durch das Bildungssystem, das Vorschulsystem, schließlich durch die "soziale Infrastruktur" insgesamt tatsächlich überkommene Strukturen sozialer Ungleichheit verändert worden sind.

Inzwischen, scheint mir, beginnt diese Frage dem Vergessen anheimzufallen. Hierin vereinen sich merkwürdigerweise sowohl die Enttäuschten als auch die von vornherein skeptisch Gewesenen und schließlich auch diejenigen, die ohnehin an dieser Frage - erst recht an ihrer positiven politischen Lösung - desinteressiert waren und es heute noch sind. Sicherlich, das Wachstum dieses Bereichs ist erst einmal zum Stillstand gekommen. An seine Stelle werden z. B. die "neuen sozialen Bewegungen" ins Rampenlicht gerückt, ohne Zweifel interessante Erscheinungen. Auch die durch die dauernde Krise hervorgerufene finanzielle Lastenumverteilung zwischen den Klassen ist der Analyse wert. Ich halte es aber für problematisch, sich nun ohne noch einmal zurückzublicken diesen neuen Schauplätzen zuzuwenden, statt die Verbindung zu den alten Thematiken zu wahren. Ich, für meinen Teil, möchte die gewandelte Situation zum Anlaß nehmen, die bisherige Perspektive auf soziale Ungleichheit zu problematisieren. Ich frage nicht, wie allgemein üblich, ob soziale Einrichtungen überkommene Strukturen sozialer Ungleichheit verändert haben. Ich frage, in welcher Hinsicht sie überhaupt darauf einwirken können. Damit trete ich, wenn man so will, einen Schritt zurück und stelle eine Frage, die immer wieder rein empirisch aufgefaßt wurde, zu konzeptioneller Disposition.